

Stefan Theil

Heilsame Realität – Ein Kommentar zur deutschen Außenpolitik

Die Realität hat oft eine heilsame Wirkung, selbst in der Außenpolitik. Während letzten Dezember in Brüssel das europäische Verfassungsdesaster stattfand, war in Washington der chinesische Premier Wen Jiabao auf Staatsbesuch. Vor dem Weißen Haus wurde er mit höchsten militärischen Ehren empfangen, im Kongress von führenden Politikern umschwärmt und gelobt. Der Besuch hat gezeigt, dass China in manchen Bereichen inzwischen als ein engerer und wichtiger Partner für Amerika wahrgenommen wird als die zerstrittene EU. Die Chinesen beweisen, dass sie bereit sind, konkrete Krisen zu lösen – und zwar in Nordkorea –, während Frankreich und Deutschland sich beim Thema Irak immer noch auf das Njet-Sagen spezialisieren, ohne eigene Alternativen zu benennen.

Auch anderswo werden neue Fakten geschaffen. Allen Katastrophenszenarien – und einseitiger Berichterstattung der deutschen Medien – zum Trotz schreiten Amerikaner und Briten bei der Konsolidierung des neuen Iraks voran. Mit Gaddafi hat nun ein weiterer Diktator die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen aufgegeben und lässt internationale Inspektoren in sein Land. Das tut Gaddafi auch unter dem Eindruck von Amerikas Eingreifen im Irak – und wohl kaum als Resultat alteuropäischer Samthandschuhbehandlung, im Auswärtigen Amt auch „kritischer Dialog“ genannt.

Sogar die Bundesregierung hat erkannt, dass sich Deutschland nicht länger den amerikanischen Plänen zur Neuordnung des Mittleren Ostens entziehen kann. Zusammen mit Frankreich folgt sie dem Vorhaben Washingtons, die gewaltigen Auslandsschulden des Iraks neu zu strukturieren.

Aber auch in Washington stellt man sich einer

neuen, nüchternen Realität. Nicht nur im Irak gibt es noch große Probleme. Auch gegenüber Europa reicht es nicht länger, zu sagen, „wer nicht für uns ist, ist gegen uns“. Die Amerikaner sehen, dass Großbritannien und Polen als Brückenköpfe in Europa nicht ausreichen; bei der Schuldenhilfe für den Irak beispielsweise geht es nicht ohne die Hauptgläubiger Deutschland und Frankreich. Auch deshalb wird Berlin seit geraumer Zeit sanft, aber stetig, von der Regierung Bush umworben.

Spaltungsreiches Jahr

Im Licht der Realität betrachtet hat den Deutschen ihr radikaler Antikriegskurs auch nicht viel gebracht. Er hat nicht nur nichts verhindert; mit ihm ist auch die westliche Drohkulisse eingebrochen. Mehr noch: mit dem unabgesprochenen Alleingang zuerst Deutschlands, später auch Frankreichs in der Irak-Frage begann das konflikt- und spaltungsreichste Jahr in der Geschichte der Europäischen

Union: „Altes“ gegen „Neues“ Europa, das Nein der mißtrauischen Schweden zum Euro, das deutsch-französische Brechen des Stabilitätspaktes, das Scheitern der Verfassung.

Aber auch das ist eine nützliche Realität. Bisher haben sich deutsche Außenpolitiker gerne nach „Europa“ geflüchtet, in der europäischen Gemeinsamkeit ihr Heil oder zumindest ihre Staatsraison gesucht. Auch viele Amerikaner haben den Deutschen ihren Idealismus geglaubt. Aber die Leichtigkeit, mit der der deutsche Bundeskanzler eine gemeinsame europäische Haltung in der Irak-Frage von Anfang an unmöglich machte, war *per definitionem* „anti-europäisch“, wie auch das Vorgehen beim Stabilitätspakt.

Vielleicht hilft diese Krise den deutschen Europa-Beschwörern zu der Erkenntnis, dass „Europa“ als vage Vision nicht ausreicht, wenn fundamentale strategische Fragen von verschiedenen Partnern ganz verschieden beantwortet werden. Der Glaube an ein gemeinsames Europa ersetzt ganz offensichtlich nicht den Inhalt konkreter strategischer Entscheidungen. Keine Verfassung, kein europäischer Außenminister oder Präsident

Am 19. Dezember 2003 entschied sich der libysche Revolutionsführer Gaddafi (hier am 5. Dezember 2003) für den Verzicht auf ABC-Waffen – möglicherweise eine Konsequenz der amerikanischen Strategie. Der britische Premierminister Tony Blair und US-Präsident George W. Bush zeigten sich zufrieden und sprachen von einem Signal auch für andere Staaten.

© dpa, Foto: Gaillard



könnte dieses Problem je lösen.

Völkerrechtsidealismus

Auch verschanzt man sich in Deutschland gerne hinter dem Völkerrecht. Im Ausland verstehen wenige diesen deutschen Völkerrechtsidealismus, der ein von fehlbaren Menschen über Jahrhunderte geschaffenes Konstrukt zum Absoluten verklärt – ein Konstrukt, das Despoten schützt und keine Antwort hat auf das Problem des nichtstaatlichen Terror-

rismus. Wenn die Invasion Iraks wirklich völkerrechtswidrig gewesen wäre, wie es hier zu Lande so gerne behauptet wird, dann müsste Berlin doch konsequenterweise die Vorkriegsregierung als die immer noch völkerrechtlich legitime anerkennen. Und der Bundeskanzler hätte Bush nicht zur Festnahme Saddams gratulieren dürfen, sondern seine sofortige Freilassung fordern müssen. Dass dies absurd gewesen wäre, zeigt, dass die hiesige

Interpretation des Völkerrechtes auch nicht das Maß aller Dinge sein kann. Auch das ist eine heilsame Realität.

Strategie statt Entrüstung

Verbindliche Regeln, multilaterale Institutionen und ein gemeinsam agierendes Europa können letztendlich nur der Weg zu einem Ziel sein – langfristig mehr Frieden und Wohlstand in Deutschland, Europa und der Welt. Das heißt: Deutschland wird nicht daran vorbeikommen, eine konkrete, über Völkerrechts-Idealismus und Europa-Beschwörung hinausgehende Strategie zu entwickeln – sich selbst und der Welt sagen, was es will, welche Bedrohungen es sieht und welche Mittel es dagegen einsetzen will. Es ist doch seltsam, wenn ein hoher Regierungsbeamter sagt, es gäbe nirgendwo in Berlin eine formulierte deutsche Strategie, nach der die Bundesregierung sich richtet, so wie es in den USA die *National Security Strategy* gibt, die regelmäßig der Weltlage angepasst und neu formuliert wird. Das letzte dieser nur halbwegs nahe kommende Stück Papier

ist das Weißbuch der Bundeswehr. Letzte Fassung anno 1994.

Eine zukunftsfähige außenpolitische Doktrin schließt weder den Multilateralismus aus noch das gemeinsame europäische Handeln. Im Gegenteil: Sollte Deutschland seine Außenpolitik tatsächlich an seinem fundamentalen Interesse an langfristigem Frieden und Wohlstand ausrichten, könnte es sich nicht länger leisten, auf Strategien für eine aktive Transformation instabiler Regionen zu verzichten. Da gegenwärtig nur der Westen imstande ist, diese Prozesse einzuleiten, ginge dies auch nur im Rahmen eines proaktiven europäischen und transatlantischen Dialoges. Solange Deutschland aber nur auf das herkömmliche Völkerrecht, den stets nur mit den Herrschenden geführten „kritischen Dialog“ sowie die Polemik der moralischen Entrüstung setzt, dient es weder seinen eigenen Interessen noch denen des Westens. So lange wird Deutschland nicht zu einem Teil der Lösung, sondern eher zum Teil des Problems.

Die Welt wartet übrigens nicht, bis Deutschland und Europa es

irgendwann einmal schaffen, eine klare internationale Agenda zu formulieren. Solange die Europäer irgendwelche Geräusche über ihre neue Rolle in der Welt machen, jedoch zerstritten und mit sich selbst beschäftigt sind, sollte es niemanden verwundern, wenn andere handeln. Washington und China zum Beispiel.

Die Käseglocke lüften

Letztendlich gibt es aber Grund zum Optimismus. Die deutsche Reformdebatte zeigt doch, wie heilsam der Schock der Realität sein kann. Nach Jahrzehnten unter der intellektuellen Käseglocke der politischen Korrektheit in Politik und Medien findet endlich eine lebhaftere Diskussion über die Zukunft des Landes statt; die ersten Reformen werden umgesetzt. Denn die Realität hat gezeigt, dass die alten Rezepte offensichtlich untauglich sind. Genauso könnte es sein in der Außenpolitik in einer Zeit, in der die Realität so im Widerspruch zu den alten Formeln und Gewissheiten steht. Im Leben der Nationen ist es manchmal wie im Leben der Menschen: Die Realität ist ein erfrischender Schock.